

Olav Gutting

- (A) tige Richtung haben wir in dieser Koalition schon gemacht. Das Bürgerentlastungsgesetz, die Absenkung des Eingangsteuersatzes, die Anhebung des Grundfreibetrages, die Rechtsverschiebung des Tarifs und das Wachstumsbeschleunigungsgesetz zusammen entlasten die Menschen in diesem Land seit dem 1. Januar um knapp 22 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Abschließend will ich als Fazit festhalten: Unter dem Gesichtspunkt einer gerechten Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit ist im Einkommensteuerrecht der Progressionsvorbehalt beim Kurzarbeitergeld nur folgerichtig und deswegen beizubehalten. Ergo werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 17/523 und 17/255 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 11 a und 11 b auf:

- a) Erste Beratung des von der Fraktion der SPD eingebrachten Entwurfs eines ... **Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes**

– Drucksache 17/520 –

- (B) Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Tourismus
Haushaltsausschuss mitberatend und gemäß § 96 GO

- b) Beratung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Umsatzsteuerermäßigung für Hotellerie zurücknehmen

– Drucksache 17/447 –

- Überweisungsvorschlag:
Finanzausschuss (f)
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Tourismus
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine halbe Stunde vorgesehen. Gibt es Widerspruch dagegen? – Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile als erster Rednerin der Kollegin Sabine Bätzing von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

Sabine Bätzing (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da ich beabsichtige, wie vorhin angekündigt,

meine Rede mit einem lateinischen Zitat zu beenden, werde ich sie auch so beginnen: Quousque tandem, cancellaria? (C)

Wie lange noch wollen Sie diese unsolide Haushaltspolitik fortsetzen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Union?

(Beifall bei der SPD)

Diese Frage mag vielleicht verfrüht erscheinen, ist doch die schwarz-gelbe Regierung noch gar nicht so lange im Amt. Aber seien Sie versichert: Aufgrund der Ankündigungen und vor allen Dingen der Nichtankündigungen Ihrer Regierung insbesondere in der Finanzpolitik werden wir diese Frage immer wieder und bei jeder Gelegenheit stellen.

Einen ersten Anlass dazu hat uns bereits Ihr erstes Gesetz gegeben, mit dem Sie unter anderem den Umsatzsteuersatz für Übernachtungen von 19 auf 7 Prozent gesenkt haben. Das war eine offensichtliche Fehlentscheidung. Dies sehen nicht nur wir alleine so.

(Beifall bei der SPD)

Mit unserem heutigen Gesetzentwurf wollen wir Ihnen die Gelegenheit geben, diesen Fehler wieder gutzumachen. Wenn Sie diese Gelegenheit nicht nutzen und nicht zustimmen, dann werden Sie sich unseren Fragen auch weiterhin stellen müssen. Wir werden Sie wieder und wieder fragen, was Sie denn zu tun gedenken, um Ihre Steuergeschenke zu finanzieren. Wir werden Sie wieder und wieder fragen, wem Sie das Geld wegnehmen, mit dem Sie Ihre Steuergeschenke finanzieren. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ohne jetzt näher auf die Details des Spendenrechts einzugehen: Der Wähler wird sich schon seinen eigenen Reim darauf machen, wenn eine Partei Geld geschenkt bekommt und dieses mit Steuergeldern zurückzahlt.

(Beifall bei der SPD)

Er wird auch erkennen, dass dies bei FDP und Union mit größerer Häufigkeit vorkommt und es sich um höhere Summen handelt als bei den anderen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zurück zu Ihrer heutigen Chance und unserem Gesetzentwurf. Die Experten in der Anhörung, vor allem die aus der Wirtschaft – ich nenne beispielhaft den BDI und den DIHK; sie sind wahrlich nicht SPD-nah –, waren sich beim Wachstumsbeschleunigungsgesetz einig: Die Umsatzsteuerermäßigung für Übernachtungen ist – ich will es vorsichtig formulieren und zitiere aus der Anhörung Professor Dr. Homburg – ökonomischer Irrsinn. Denn sie führt ausschließlich zu mehr Bürokratie.

(Zuruf von der CDU/CSU: Quatsch!)

Sie führt nicht zu mehr Wachstum, und sie führt schon gar nicht zur Senkung der Übernachtungskosten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Sabine Bätzing

(A) Einen Monat nach Inkrafttreten haben sich diese Aussagen in der Praxis bestätigt. Tatsächlich haben 7 Prozent der Hotels die Preise gesenkt, 14 Prozent aber haben sie erhöht. Sie argumentieren immer wieder, dass vorrangig investiert wird

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Richtig! Wird ja auch!)

und dass nur dort, wo nicht investiert wird, die Preise gesenkt werden. Das ist eine clevere Argumentation und eine geschickte Strategie. Fakt ist leider: Es passiert nichts. Die Hotels stecken sich ihr schwarz-gelbes Steuergeschenk in die Tasche, und das war es.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Richard Pitterle [DIE LINKE] – Gisela Piltz [FDP]: Wie war das noch mit der Abwrackprämie?)

Dies ist auch der Grund, warum sich praktisch jeder Betroffene in der Republik – Reiseveranstalter, Finanzämter, Steuerberater und Steuerzahler – über diese Regelung beschwert. Selbst die begünstigten Hotels sind nicht glücklich, weil sie mit den Details der Regelung – zum Beispiel in Bezug auf die Umsatzsteuerausweisung des Frühstücks – nicht zurechtkommen.

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Ist doch auch falsch!)

(B) Auch Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben das in weiten Teilen so gesehen. Prominente Mitglieder Ihrer Fraktion wie der Bundesfinanzminister haben das durchblicken lassen, und andere, zum Beispiel Herr Professor Dr. Lammert, der Präsident dieses Hauses, haben es offen gesagt. Das ist durchaus positiv anzurechnen. Leider haben Sie nicht danach gehandelt.

(Beifall bei der SPD)

Es stellt sich mir daher die Frage: Wenn Sie den Fehler erkannt haben, warum haben Sie dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz in dieser Fassung dennoch zugestimmt? Streit in der Koalition zu vermeiden, kann nicht Ihr Argument gewesen sein; denn Sie streiten sich andauernd. Was – das ist die Frage – hat Ihnen die FDP im Gegenzug zugesagt? Oder entscheidet die FDP bei Ihnen in der Steuerpolitik allein?

(Zuruf von der FDP: Leider nicht!)

Oder – was noch viel schlimmer wäre – wird die Steuerpolitik in Zukunft auch in anderen Bereichen durch gezielte Spenden bestimmt werden? Beim Ausschließlichkeitskriterium lässt sich der Verdacht nicht völlig ausräumen, wie wir vorhin erfahren haben. Bedeutet das vielleicht, dass wir uns gegen eine entsprechende Spende unseren Mindestlohn hätten kaufen können?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wie dem auch sei: Wir überlegen, was die Gründe dafür waren, dass Sie zugestimmt haben. Das kann man mit Koalitionsrason begründen.

(Ingbert Liebing [CDU/CSU]: Vielleicht auch mit guten Erkenntnissen!)

(C) Aber Koalitionsrason gilt doch nur für das größere Ganze. Auch wir haben in unserer Regierungszeit – ich will nichts beschönigen – die eine oder andere bittere Pille schlucken müssen.

(Christian Lindner [FDP]: Und Spende bekommen!)

Wir wussten aber genau, was wir jeweils im Gegenzug bekommen und dass es den Kompromiss und die Absprache wert war. Bei uns gab es kein „Wünsch dir was“ nach dem Motto: Geld her! Dann bekommt ihr euren Wunsch erfüllt.

(Christian Lindner [FDP]: Was war denn mit der Abwrackprämie?)

Entsprechende Überlegungen bei Ihnen vermissen nicht nur wir, sondern die ganze Republik. Im Gegenteil: Um das Steuergeschenk durchzusetzen, haben Sie auch noch die widerstrebenden Länder gekauft. Womit, haben Sie uns allerdings bis heute nicht gesagt. Wir fragen uns: Werden Sie, die CDU, auch an anderer Stelle Steuerpläne der FDP mittragen, die selbst von Experten massiv kritisiert werden, ohne dagegenzuhalten?

(D) Wir geben Ihnen mit unserem Gesetzentwurf die Gelegenheit, Ihre falsche Entscheidung zu korrigieren und für Übernachtungen wieder den angemessenen Umsatzsteuersatz zu erheben. Wir fordern von Ihnen – genauso wie die Kanzlerin in ihrer Antrittsrede von der Opposition –, an der Verbesserung Deutschlands mitzuwirken. Wir fordern Sie auf, individuelle Größe zu zeigen. Wir richten diese Forderung nicht an FDP und CSU, weil wir wissen, dass das wahrscheinlich vergebens ist. Aber wir richten sie an die CDU, in der viele Abgeordnete in dieser Sache richtig entscheiden würden, wenn sie sich trauten. Wenn Sie es nicht für uns tun, dann trauen Sie sich wenigstens für Ihre Kommunen, Ihre Länder und den Bund, für den Sie Verantwortung tragen, und ersparen Sie den Gebietskörperschaften Mindereinnahmen in Höhe von 1 Milliarde Euro.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU: Die Sie schon fünfmal anderen versprochen haben!)

Wir werden die Nachricht über Ihr Abstimmungsverhalten den Bürgern sicherlich nicht vorenthalten. Wir werden das jedes Mal tun, wenn Sie von der Allgemeinheit Opfer verlangen, obwohl keine Notwendigkeit dafür besteht und es sich um reine Klientelpolitik handelt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir werden jedes Mal den Wähler fragen, ob er es richtig findet, dass rund 45 000 Hotels mehr Geld bekommen, während er höhere Abgaben und Steuern zahlen muss.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden ihn fragen, ob er von der Umsatzsteuerermäßigung für Hotels profitiert hat. Wir werden dieses Thema immer wieder bei der Regierung in Zahlen nachfragen. Alles das können Sie sich mit einer mutigen Entscheidung bei der späteren Abstimmung ersparen.

(Beifall bei der SPD)

Sabine Bätzing

- (A) Ansonsten werden Sie von mir noch öfter hören: „Ceterum censeo: Habitudinem favoris clientium esse abolendam.“ Im Übrigen bin ich der Meinung: Ihre Klientelpolitik gehört abgeschafft.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Peter Aumer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Peter Aumer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, meine Überraschung darüber auszudrücken, dass heute die erste Beratung über Ihren Gesetzentwurf auf der Tagesordnung steht, Frau Kollegin Bätzing. Vielleicht schaffen wir es, dass Sie heute – das haben Sie von uns gefordert – die Chance zu einer besseren Erkenntnis nutzen. Entscheidungen, die dieses Hohe Haus mehrheitlich getroffen hat, zu akzeptieren, gehört zu einer guten Zusammenarbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

In Ihrem Gesetzentwurf, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, bezeichnen Sie die Ermäßigung des Umsatzsteuersatzes für Beherbergungsleistungen durch die christlich-liberale Koalition als eklatante Fehlentscheidung.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

– Danke schön. Ich hoffe, dass Sie auch gleich noch klatschen. – Die SPD beantragte im Bayerischen Landtag bereits im Jahr 2006 – das sollte man bitte nicht vergessen; ich zitiere wörtlich –:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihren Einfluss

– man spricht bei der SPD von Einfluss –

dahin gehend geltend zu machen, dass der Bund für die Hotellerie den reduzierten Mehrwertsteuersatz in Höhe von 7 % einführt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wie kommt der plötzliche Meinungsumschwung zustande? Jetzt, da das Anliegen der SPD erfüllt ist, kommentiert der bayerische SPD-Landesvorsitzende Pronold die Maßnahme wie folgt: Die CSU hat Subventionen ohne sachliche Begründung durchgesetzt,

(Beifall bei der SPD)

und zwar zugunsten ihrer Klientel. Da drängt sich doch die Frage auf: Gehört die Bayern-SPD mittlerweile zur Klientel der CSU? Meines Erachtens sollte sich die SPD in Bayern vergegenwärtigen, dass sie, nur weil wir das getan haben, was die SPD gefordert hat, noch nicht zur Klientel der CSU gehört.

- (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der FDP: Die bereiten die Fusion mit der Linken vor!) (C)

Die angeblich fehlende sachliche Begründung liefert die SPD in Bayern im vorgenannten Antrag selbst:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die deutsche Hotellerie wettbewerbsfähiger zu machen, indem sie die Umsatzsteuer für die Hotellerie senkt.

Wie recht Sie doch haben, liebe Kolleginnen und Kollegen der bayerischen SPD.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

An dieser Stelle kann ich nur dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Grünen im Bayerischen Landtag, Herrn Dr. Martin Runge, recht geben, der die Debatte um die Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes als sehr seicht empfindet. Er sieht es genauso wie die CSU.

(Joachim Poß [SPD]: Seicht ist der Vorgang!)

– Seicht ist Ihr Vorgehen, nicht unseres.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Er hat recht, weil es Ihnen nicht um die Sache geht, meine sehr geehrten Damen und Herren, sondern weil versucht wird, etwas zu konstruieren. Käuflichkeit, Klientelpolitik und vieles mehr führen Sie ins Feld. Ihnen geht es gar nicht um Inhalte. Doch was macht die SPD bei dieser Debatte? Sie weiß heute nicht mehr, was sie gestern gesagt hat.

(Leo Dautzenberg [CDU/CSU]: So ist es!) (D)

Die christlich-liberale Koalition hat eine klare Linie, einen klaren Kurs. Wir haben das, was wir in unseren Wahlprogrammen versprochen haben, gehalten und müssen nicht die in der Vergangenheit gutgeheißenen Forderungen nun bekämpfen. Wir stehen zu unserer Vereinbarung im Koalitionsvertrag.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Im Folgenden führe ich einige inhaltliche Aspekte an, wenn Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren der Opposition, diese überhaupt sehen und zur Kenntnis nehmen wollen.

Durch die Ermäßigung der Umsatzsteuer bei Beherbergungsleistungen stärken wir die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Hotel- und Gastronomiegewerbes. Der überwiegende Teil der europäischen Mitbewerber in dieser Branche profitiert bereits von ermäßigten Umsatzsteuersätzen, Herr Poß.

(Kerstin Andreae [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum müssen die Übernachtungen billiger werden?)

Wenn Sie zu Ende gesammelt haben, nehmen wir die Box gern mit. Wir finden bestimmt eine gute Gelegenheit, den Inhalt zu verwenden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)